

## Liebe Leserin, lieber Leser,

an der Saar retten die Grünen den abgewählten CDU-MP Peter Müller, in Thüringen entscheidet sich SPD-Chef Christoph Matschie für Schwarz-Rot, die OBs organisieren den Widerstand dagegen und in Brandenburg verzichtet die linke Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser auf ein Ministeramt, um Rot-Rot zu retten: Es herrscht also „Zoff im linken Lager“ (Heribert Prantl, „SZ“, 12. 10) und davon profitiert in den meisten Fällen die CDU.

Außer Rot-Rot konnte die märkische SPD auch große Erfolge bei Bürgermeisterwahlen verzeichnen. Außerdem läuft nun die Bewerbungsfrist für die DEMO-Kommunalfürche 2009 unwiderruflich ab, die Städte stellen klare Forderungen an die neue schwarz-gelbe Bundesregierung u.v.m. Klar ist, nach dem Debakel vom 27. September wird die kommunale Ebene wichtiger als jemals zuvor!

Anregende Lektüre wünscht Kai Doering!

## DEMO 11/2009: Energieeffizienz tut not



### **Titel: Politik für mehr Energieeffizienz**

Effizienterer Energieeinsatz ist die Geheimwaffe im Kampf gegen Klimawandel und für die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft. Unser Titel beschreibt, was Sozialdemokraten dafür tun können, auf Bundes- und Landesebenen, aber vor allem vor Ort in (Erneuerbare-Energie- oder Effizienz-)Regionen, in Groß- und Mittelstädten, aber auch in kleineren Gemeinden.

### **Berichte**

Wir berichten über die Folgen der Krise für die Kommunalfinanzen, hessische SPD fordert Regionalreform für Rhein-Main, Berlins S-Bahn-Desaster – Folgen eines Privatisierungskurses, die Lage in Saarbrücken und Erfurt, den OB-Erfolg in Koblenz u.a.m.

### **Report: Kommunalpolitik besser machen/Best Practice Kommunal**

Braunschweiger Erfolge bei Integrationspolitik, Darmstädter Beteiligungspolitik und Rheinhessen gegen Rechts. Porträt: Wilhelm Polte – er führte seine Stadt als OB durch demokratische, aber schwierige Zeiten.

## +++ Neu: Deutschland kommunal 2010 +++



### **Anfang November erscheint die neue Ausgabe des großen Kommunalhandbuchs – umfassend und übersichtlich:**

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-)

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

### **Weitere Schwerpunkte:**

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

**Termine:** Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist ab Anfang November erhältlich unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de) oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94 -199, [vertrieb@demo-online.de](mailto:vertrieb@demo-online.de)

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.

Infos unter [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)

### Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

**Qualität** für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft  
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**  
[www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de](http://www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de)

Mit Durchblick. Für Qualität!

**bvse**  
Entsorgungsgemeinschaft e. V.

Anzeige

**RENEXPO<sup>®</sup>**  
AUSTRIA

26. - 28.11.2009  
Salzburg, Austria  
[www.renexpo-austria.at](http://www.renexpo-austria.at)

Anzeige

**WIKOM<sup>AG</sup>**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

14193 Berlin, Humboldtstraße 17  
Tel. (0 30) 89 04 09 0, Fax: (0 30) 89 04 09 99  
E-Mail: [berlin@wikom-ag.de](mailto:berlin@wikom-ag.de)  
Homepage: [www.wikom-ag.de](http://www.wikom-ag.de)

**ITI**  
Mittelrheinische Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft

56068 Koblenz, Hohenzollernstraße 104 - 108  
Tel. (02 61) 3 03 12 0, Fax: (02 61) 3 03 12 93  
E-Mail: [zentrale@m-treuhand.de](mailto:zentrale@m-treuhand.de)  
Homepage: [www.m-treuhand.de](http://www.m-treuhand.de)

## Saar-Grüne retten Peter Müller mit „Jamaika“

Die Saar-Grünen votierten mit 117 von 150 Stimmen für ein Bündnis mit CDU und FDP und schließen damit die erste schwarz-gelb-grüne Koalition („Jamaika“) der Republik. Den Ausschlag gab offenbar das schlechte Verhältnis von Grünen-Chef Hubert Ulrich zu Linken-Chef Oskar Lafontaine, der versucht hatte, die Grünen unter fünf Prozent zu halten. Nun sagte Ulrich: „Zu diesem Mann und zu dieser Partei habe ich keinerlei Vertrauen.“ Lafontaine habe weder ihn noch SPD-Chef Heiko Maas informiert, dass er Fraktionschef an der Saar

bleiben wolle, „so kann man mit potentiellen Koalitionspartnern nicht umgehen“. Widerspruch kam v.a. von Saarbrücker Grünen. Die hatten gerade das erste rot-rot-grüne Bündnis in einer Landeshauptstadt beschlossen, das nun „auf Eis liegt“. Zuvor hatte CDU-MP Peter Müller den Grünen mit drei Sitzen das Bildungs- und Umweltressort zugestanden. Auf Studiengebühren und neue Kohlekraftwerke werde verzichtet, der Atomausstieg revidiert. Für die SPD entscheiden sich die Grünen „gegen einen Politikwechsel und für eine Wendehals-Koalition“. sg



Bild: www.pixelio.de, Marion Granel

Quellen: Berliner Morgenpost, Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober, PM der Saar-SPD vom 11. Oktober.

## Machtkampf in Thüringer SPD um Schwarz-Rot

Nach der klaren Entscheidung des Parteivorstands der Thüringer SPD, Koalitionsgespräche mit der CDU zu führen, rumort es in der Partei: Am Wochenende organisierten OB wie Andreas Bausewein aus der Landeshauptstadt Erfurt eine „Basiskonferenz“, zu der 400 bis 600 der gut 4 000 Genossen kamen. Es dominierten die Befürworter von Rot-Rot-Grün, die wie Erfurts SPD-Chef Harald Klatt schimpften: „Links blinken, rechts abbiegen.“ Kommunale aus Rudolstadt, dem Unstrut-Hainich-Kreis, Gera u.a. Orten sammelten 200 Unterschriften für einen Mit-

gliederentscheid gegen Schwarz-Rot. Nötig sind dafür 400. Ein Politikwechsel, so Bausewein, seit 2006 Erfurter OB („taz“: „rot-roter Rebell“), sei nur mit der Linken zu machen. Matschie gab alle Schuld am Scheitern der Gespräche Linken und Grünen. Seine Aussage, er habe „bis an die Grenze zur Selbstaufgabe“ verhandelt, ging in Hohngelächter unter. Die Basiskonferenz bleibt folgenlos, entscheiden wird ein Parteitag am 25. Oktober. Matschie erwartet, dass die Minderheit sich dann fügt. Bereits früher hatte er Mitglieder- und Parteitagmehrheiten gewonnen. sg



Bild: www.spd-thueringen.de

Quellen: Berliner Morgenpost, taz, FAZ, FR, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung vom 12. Oktober, Der Tagesspiegel, 11. Oktober.

## Rot-rote Regierung in Brandenburg

Die Mark wird Rot-Rot regiert. Dies teilte der populäre MP Matthias Platzeck noch vor der letzten Sondierung am Montag mit. Das Gespräch mit der CDU wurde abgesagt, am Abend stimmten dem Landesvorstand und -ausschuss der märkischen SPD zu. Rot-rote Koalitionsgespräche wurden möglich, da die linke Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser am Sonntag auf ein Ministeramt verzichtet hatte: Kaiser, als Studentin „IM“, gehöre nicht ins Kabinett, hatten

Teile der SPD-Basis gefordert. Hier sitzen Vorbehalte gegen die Linke so tief, dass diese das Hindernis abräumte. Kaiser hatte sich lange vor der Wahl bekannt und Platzeck ihr Recht betont, nach 20 Jahren demokratischen Engagements „die gesamte Lebensleistung“ zu würdigen. Nun soll Finanzexperte Ralf Christoffers Vize-MP werden. Rot-Rot hat eine Mehrheit von 12 Sitzen im Landtag, die SPD holte am 27. September 33, die Linke 27, die CDU 19,8 Prozent. sg

Quellen: Berliner Morgenpost, Der Tagesspiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober, www.bild.de, Der Tagesspiegel vom 13. und 11. Oktober,

## +++ Ausschreibungsfrist für DEMO-Kommunalfüchse nur noch bis 15. Oktober +++

Die Ausschreibung für die DEMO-Kommunalfüchse wurde erneut verlängert. Noch bis zum 15. Oktober kann man sich mit Beispielen für intelligente Kommunalpolitik um eine der begehrten Trophäen bewerben. Die Projekte sollen beteiligend, effizient, nachhaltig, sozial und vernetzt sein.

Die Kategorien sind bekannt: Einen „DEMO-Kommunalfuchs 2009“ gibt es für die beste kommunalpolitische Einzelstrategie, den zweiten für die Gesamtstrategie, den dritten Fuchs für das kommunalpolitische Lebenswerk, den vierten für das politische Engagement junger Menschen, einen fünften Fuchs für europäisches Engagement einer Kommune, Fraktion oder Partei und zuletzt den sechsten für das Engagement eines Einzelnen oder einer Gruppe, Fraktion oder Parteigliederung gegen Rechtsextremismus,

Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die Preise werden beim 4. DEMO-Kommunalkongress auf der Abendveranstaltung am 5. November 2009, ab 19 Uhr, öffentlich verliehen. Sie findet fast auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Mauerfall im Rathaus Schöneberg in Berlin statt. Als Verleiher ist u.a. Gerhard Langemeyer, Vorsitzender der Bundes-SGK und OB a.D., vorgesehen. Die Gewinner des begehrten Preises werden in DEMO, Newsletter und der deutschen Presse vorgestellt.

Die Bewerbung erfolgt formlos mit einer Projektbeschreibung auf einer DIN-A-4-Seite, bitte an: Chefredaktion DEMO, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin oder an [groenebaum@demo-online.de](mailto:groenebaum@demo-online.de).



[www.demo-online.de/DEMO-Kommunalfuchs](http://www.demo-online.de/DEMO-Kommunalfuchs)

## Schulreform in Hamburg und Berlin

Der Hansestadt Hamburg steht die wohl umfassendste Schulreform in der Geschichte der Bundesrepublik bevor. Vom Schuljahr 2010/2011 ersetzt eine sechsjährige Primarschule die bisher vierjährige Grundschule. Dies beschloss die schwarz-grüne Bürgerschaftsmehrheit in der vergangenen Woche. Zudem werden anstelle von Gesamt-, Haupt- und Realschulen so genannte Stadtteilschulen gebildet, die innerhalb von dreizehn Jahren alle Bildungsabschlüsse anbieten. Die Gymnasien führen dagegen wie bisher in zwölf Jahren zur Hochschulreife.

In Berlin soll die große Schulreform dagegen in einem wichtigen Punkt verändert werden. Statt des bisher geplanten Probejahrs am Gymnasium sollen die Zugangskriterien verschärft und die Bedeutung des Elternwillens eingeschränkt werden. Auf diese

Weise verlöre auch das umstrittene Losverfahren, bei dem Fortuna an besonders beliebten Schulen über die Vergabe von 30 Prozent der Plätze entscheidet, an Brisanz, da nur noch leistungsstärkere Schüler in den Lostopf kämen. Den Ausschlag für das Umschwenken sollen Warnungen von Bildungsexperten gegeben haben. Sie hätten in einer Anhörung im Abgeordnetenhaus davon abgeraten, Jugendliche in der schwierigen Phase zu Beginn der Pubertät mit dem Stempel „gescheitert“ aus dem Gymnasium zu entfernen. Bereits im August hatte der sogenannte Rat der Bürgermeister sich gegen das Probejahr ausgesprochen und vorgeschlagen, stattdessen dem Grundschulgutachten ein stärkeres Gewicht zu geben. Die Bürgermeister befürchten, die hunderte „Rückläufer“ nicht an anderen Schulen unterbringen zu können. *sg/kai*



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Dieter Schütz

Quellen: Tagesspiegel vom 12. Oktober, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Hamburger Abendblatt vom 9. Oktober

## Berliner Volksbegehren sind zulässig

Das Berliner Landesverfassungsgericht hat zwei Volksbegehren für rechtmäßig erklärt und den Senat in die Schranken gewiesen. Dieser hatte im vergangenen Jahr sowohl ein Plebiszit über die Qualität der Kitas in der Hauptstadt als auch eins zur Offenlegung von Wasserverträgen als verfassungswidrig abgelehnt. Nach den Urteilen (AZ: VerfGH 143/08 bzw. VerfGH 63/08) sind Volksbegehren in Berlin künftig auch dann erlaubt, wenn sie beträchtliche Auswirkungen auf die öffentlichen Fi-

nanzen haben und nur dann untersagt, wenn sie den laufenden Etat betreffen. Die Parlamentarier haben nun vier Monate Zeit, über die Forderungen der Initiativen zu entscheiden. Bei den Kitas signalisierte die SPD bereits Entgegenkommen. In einem Parteitagbeschluss vom vergangenen Samstag werden Senat und Abgeordnetenhausfraktion aufgefordert, den Trägern und dem Kita-Bündnis ein Gesprächsangebot zu machen. Alle wichtigen Forderungen sollen erfüllt werden. *kai*

Quellen: Tagesspiegel vom 7. und 11. Oktober, Berliner Morgenpost vom 7. Oktober, [www.berlin.spd.de](http://www.berlin.spd.de)

## „Gehaltserhöhung“ für NRW-Kommunale

Die kommunalen Mandatsträger in Nordrhein-Westfalen bekommen mehr Geld. Zum 1. November 2009 steigt ihre Aufwandsentschädigung um 1,8 Prozent. Ratsmitglieder erhalten dann je nach Größe der Gemeinde monatlich zwischen 187,30 Euro und 510 Euro. Alternativ kann eine monatliche Pauschale zwischen 100,80 Euro und 421,50

Euro in Verbindung mit einem Sitzungsgeld von 17,30 Euro gezahlt werden. Den Höchstbetrag gibt es in Großstädten mit mehr als 450 000 Einwohnern. Grundlage der Erhöhung bildet die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Dienstleistungen. Die letzte Erhöhung liegt gut zwei Jahre zurück. *kai*

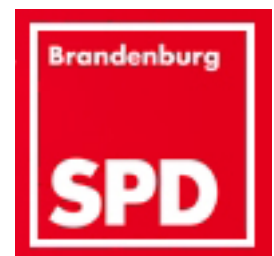
Quellen: Bonner Generalanzeiger vom 6. Oktober, [www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)

## SPD ist Spitze bei Bürgermeisterwahlen

Entgegen dem bundesweiten Trend konnte die SPD in Brandenburg am 27. September die Hoheit über zahlreiche Rathäuser verteidigen. In Oranienburg (Oberhavel) erreichte Amtsinhaber Hans-Joachim Laesicke 72,1 Prozent. Auch Andreas Schulz in Hennigsdorf (Oberhavel) verteidigte mit einem Stimmenanteil von fast 70 Prozent sein Amt. In Nauen (Havelland) stimmten 58 Prozent für Amtsinhaber Detlef Fleischmann. Jörg Schröder ist neuer Bürgermeister von Seelow (Märkisch-Oderland). Er verteidigte das Rathaus für die SPD. Der bisherige Mann an der Stadtspitze, Udo Schulz, zog in den Landtag ein. In Luckenwalde (Teltow-Fläming) erreichte Elisabeth Herzog von der Heide 52,3 Prozent der Stimmen. Die Teltower bestätigten mit 53,1 Prozent ihren Bürgermeister Thomas Schmidt. In der ucker-

märkischen Kleinstadt Prenzlau wurde der bisherige Amtsinhaber Hans-Peter Moser (Linke) abgewählt. Seiner parteiloser Herausforderer Hendrik Sommer, der von SPD, CDU, FDP und der Wählergemeinschaft „Wir Prenzlauer“ unterstützt worden war, erhielt 54 Prozent der Stimmen.

Bei den Stichwahlen am 11. Oktober setzte sich im Landkreis Dahme-Spreewald in Königs Wusterhausen Lutz Franzke (SPD), in Luckau Gerald Lehmann (parteilos), in Eichwalde Bernd Speer (Wählerinitiative WIE) und in Schulzendorf Markus Mücke (SPD) durch. Im Landkreis Oberhavel gewann in Velten Ines Hübner (SPD), in Glienicke Hand Günther Heinrich Oberlack (FDP) und in Birkenwerder Norbert Hagen (parteilos). In Pritzwalk (Prignitz) setzte sich Wolfgang Brockmann (FDP) durch. *kai*



Quellen: Tagesspiegel vom 29. September, [www.rbb-online.de](http://www.rbb-online.de)

## Neue Grünen-Fraktionsspitze in Wiesbaden

Die Grünen im Rathaus der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden haben Anfang Oktober einstimmig die Agraringenieurin Tilli Reinhardt zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Vize wurden Claus-Peter Große und Sabine Gaedecke. Nötig geworden war der Wechsel, nachdem die bisherige Vorsitzende Bettina Schreiber Ende September im

Streit mit dem Parteivorstand zurückgetreten war. Kritik gab es immer wieder, weil Schreiber sich nach Aussagen des Kreisvorstands mehr um die Koalitionsraison (in Wiesbaden „herrscht“ Jamaika) denn um grüne Positionen gekümmert habe, so z.B. bei den Zuschüssen für die elitäre European Business School, die die Baiss abgelehnt hatte. *nr*

Quellen: Frankfurter Rundschau vom 6. Oktober und 30. September, [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

## Bald keine direkt gewählten Landräte mehr?

SPD und CDU in Schleswig-Holstein wollen die Direktwahl der Landräte abschaffen und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern mehr Einfluss auf die Arbeit der Kreisverwaltung geben. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, der noch vor der Landtagswahl am 27. September an den Innen und Rechtsausschuss überwiesen wurde. Demnach soll künftig die Kreistage die Verwaltungsspitzen wählen, wie es nach einem Beschluss des Landtags Anfang des Jahres bereits in Pinneberg und Steinburg der Fall war.

Auch soll dem Landrat künftig ein elfköpfiger Verwaltungsausschuss aus Kommunalpolitikern zur Seite gestellt werden, dem der Verwaltungschef einmal monatlich Rede und Antwort stehen muss. Die Direktwahl der Landräte wurde in Schleswig-Holstein 1995 eingeführt. Mit der neuen Regelung soll der rapide sinkenden Wahlbeteiligung begegnet werden, die zuletzt häufig nur bei 20 Prozent lag. Bei der Direktwahl des Oberbürgermeisters in den größeren Städten soll es aber bleiben. *kai*



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Holger Lang

Quellen: Der Landtag 7/2009

## Höhere Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose

Bei der letzten Kabinettsitzung hat sich die scheidende große Koalition darauf verständigt, dass der Bund seinen Anteil an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose im kommenden Jahr von bisher 26 auf 23,6 Prozent senken wird. Nach Angaben des Arbeitsministeriums bedeutet dies, dass sich der Bund 2010 mit rund 3,7 Milliarden Euro an den Kosten für Unterkunft und Heizung beteiligen

wird. Scharf kritisiert wurde der Beschluss vom Deutschen Städtetag. Dessen Hauptgeschäftsführer Stephan Articus bewertete ihn als „sehr unfreundlichen Akt“, der den Kommunen einen dramatischen Zuwachs der Unterkunftskosten von rund 14 auf 16 Milliarden Euro bescheren werde. Articus forderte, die Bundesbeteiligung an den tatsächlichen Ausgaben auszurichten. *kai*

Quellen: Märkische Allgemeine vom 7. Oktober, [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)  
Mehr zu den Forderungen der Kommunen in DEMO 11/09

## Internationale Bürgermeisterkonferenz in Leipzig

Am 8. und 9. Oktober trafen sich auf Einladung von OB Burkhard Jung (SPD) Bürgermeister und politische Repräsentanten aus europäischen und außereuropäischen Städten in Leipzig zur Konferenz „Stadtentwicklung und Demokratie: Visionen für das kommende Jahrzehnt“. Beschlossen wurde

die Internationale Bürgermeisterkonferenz mit einer Deklaration, die verschiedene Faktoren für eine erfolgreiche und nachhaltige Stadtentwicklung unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung formuliert. *nr*

Die Deklaration im Wortlaut unter: [medien.kommunikation@leipzig.de](http://medien.kommunikation@leipzig.de)

## Roth ermahnt Merkel

Das Präsidium des Deutschen Städtetags (DSt) hat am 30. September 2009 Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung verabschiedet. Insbesondere setzt sich der Städtetag für den Bestand der Gewerbesteuer ein. Die DSt-Präsidentin, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), erinnerte bei einer Pressekonferenz an die Zusage Merkels vom 26. Mai 2009, als diese in Ber-

lin gesagt hatte: „Ich habe auf dem Deutschen Städtetag eine Zusage gemacht, die wir auch halten werden. Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet.“ Darüber hinaus forderte der stellv. Präsident des DSt, Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten nach dem SGB II. *sgk*



Bild: [www.petra-roth.de](http://www.petra-roth.de)

Quelle: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Freiburgs CDU ohne eigenen Kandidaten

Da die CDU seit 20 Jahren aussichtslose Kandidaten ins Rennen um Freiburgs OB-Amt geschickt hat, verzichtet sie 2010 ganz auf die Aufstellung eines Kandidaten gegen den jetzigen OB Dieter Salomon (Grüne). Als „offizielle“ Begründung gibt man

an, dass es bei den politischen Grundsatzzielen große Übereinstimmung gebe. Außerdem stelle man mit Otto Neideck den Finanzbürgermeister, befinde sich also in einer inoffiziellen schwarz-grünen Koalition. *nr*

Quellen: Stuttgarter Zeitung, 7. Oktober 2009, Welt, 9. Oktober 2009

## Rezension I: Das verdrängte Problem

Anfang der 1970er-Jahre brach der Journalist Jürgen Roth ein Tabu. Über 14 Millionen Menschen lebten hierzulande unter der Armutsgrenze, rechnete er in seinem Buch „Armut in der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Schlagartig zerstörte er damit die Illusion, im Land des Wirtschaftswunders gehöre Armut der Vergangenheit an. „Jahrzehntelang blieb die Armut geradezu ein Tabuthema, mit dem sich die deutsche Öffentlichkeit kaum befasste“, beschreibt der Armutforscher Christoph Butterwegge die Situation in der damaligen BRD. In seinem Buch „Armut in einem reichen Land“ zeichnet er den Umgang mit dem Phänomen Armut nach und kommt zu dem Schluss: „Zu keinem Zeitpunkt hat sich dem Gesellschaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistens bewusst ignoriert, negiert oder relativiert, um ihm ausweichen zu können.“ Das Verdrängen hat beim Thema Armut Tradition. Dies zeigt Butterwegge in einem chronologischen Abriss von den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg über die Wirtschaftskrise in den 1970er-Jahren bis zu Hartz IV. Anhand wissenschaftlicher Publikationen und deren Rezeption in Gesellschaft

und Politik belegt der Politologe, dass Armut zu allen Zeiten beschönigt und verschleiert wurde. Euphemistische Ausdrücke wie „abgehängtes Prekariat“ sind ein Ausdruck dafür. Im Schlusskapitel klopft Butterwegge „Wege und Irrwege der Armutsbekämpfung“ ab: den „aktivierenden Sozialstaat“ als Möglichkeit der Armutsprävention, die Bürgerversicherung und das bedingungslose Grundeinkommen. Zieht sich der Armutforscher zu Anfang auf eine wissenschaftlich-analytische Position zurück, bezieht er hier eindeutig Stellung und erklärt, warum aus seiner Sicht eine Reichensteuer sowie ein gesetzlicher Mindestlohn unumgänglich sind, soll Armut tatsächlich wirksam bekämpft werden. Auf rund 300 Seiten zeichnet Christoph Butterwegge ein schonungslos ehrliches Bild unserer Gesellschaft. Er räumt mit Vorurteilen auf (arm sind nur die Außenseiter) und sagt deutlich, was sich ändern muss, soll Armut nicht nur ein Problem sein, über das gesprochen wird, sondern endlich eines, das auch ernst genommen wird. Denn sicher ist: Verschwinden wird das Thema so schnell nicht – weder von der politischen Agenda noch aus der Gesellschaft.

Kai Doering



Christoph Butterwegge: *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, Campus Verlag 2009, ISBN 978-3-593-38867-0, 24,90 Euro

## Rezension II: Solare Visionen

Die Perspektive ist unumstritten. Langfristig soll der gesamte Energiebedarf weltweit aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Doch während aus Politik, Wirtschaft und teilweise auch aus der Wissenschaft jahrzehntelange Szenarien zu hören sind, ist für Frank H. Asbeck klar: „Die solare Welt kann viel schneller realisiert werden, als viele denken.“ Wie das gehen soll, erklärt er in seinem Buch „Eine solare Welt“.

Hier stellt der Chef des Solaranlagenherstellers SolarWorld die kommerzielle Nutzung der Sonnenenergie in eine Reihe mit der Entwicklung der Dampfmaschine, des Automobils und der Informationstechnologie: Allen habe die Menschheit zunächst skeptisch gegenübergestanden, doch ihr Durchbruch habe einen wahren Entwicklungsschub ausgelöst. Dasselbe erwartet Asbeck von der Sonnenkraft in der Energieversorgung. In Asbecks Welt ist Deutschland weltweit führender Produ-

zent von Solaranlagen und Kohle- wie Atomkraftwerke gehören der Vergangenheit an. Statt die Energie wie derzeit von einem Oligopol aus vier Versorgern zu beziehen, hat jeder Hausbesitzer eine Solaranlage auf dem Dach, mit der er seinen eigenen Strom produziert und Überschüsse ins Netz einspeist. Die Stromversorgung ist „demokratisiert“. Dass diese Energiewende möglich ist, belegt Frank H. Asbeck anhand von Zahlen und Daten eindrucksvoll. Allerdings gleiten seine Beschreibungen ein ums andere Mal ab in einen Lobgesang auf sein Unternehmen, die SolarWorld AG. Dabei ist klar, dass es ohne Pioniere wie Frank H. Asbeck nicht geht. Soll sich tatsächlich grundlegend etwas ändern, muss es nicht nur Menschen geben, die Visionen haben, sondern auch welche, die diese umsetzen. Dazu kann dieses Buch einen Beitrag leisten

Kai Doering



Frank H. Asbeck: *Eine solare Welt*, Kiepenheuer & Witsch 2009, ISBN 978-3-462-04080-7, 14,95 Euro

## Blick nach Rechts: Abgestraft

Der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorstand hat den Krefelder Kreisvorsitzenden Lars Spönlein seiner Ämter enthoben. Zwei Tage nach dieser Entscheidung trat Spönlein, der bis zu seiner Absetzung als Beisitzer auch dem Landesvorstand angehört hatte, aus der Partei aus. Die „detaillierten Hintergründe“ für die Amtsenthebung sollen nun in einer Versammlung der Krefelder NPD dargestellt werden, kündigte der Kreisvorstand an. Spönlein

wird vor allem vorgehalten, bei der Vorbereitung der Kommunalwahl komplett versagt zu haben – die NPD hatte nur in drei von 29 Wahlbezirken, ohne Reserveliste und ohne Bürgermeisterkandidat antreten können. Außerdem werden ihm „finanzielle Unregelmäßigkeiten“ vorgeworfen. Der extrem rechte Diskussionszirkel „Krefelder Forum“ beschuldigt Spönlein gar, für den Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. (ts)



[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

## Abwrackprämie für Straßenlaternen

Energieeffizienz einmal anders: Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) sagt Kommunen, die durch Erneuerung ihrer Straßenbeleuchtung Geld und CO<sub>2</sub> einsparen, eine „Abwrackprämie“ von 25 000 Euro zu. Mit von der Partie sind inzwischen rund 100 Kommunen, bei den Sparbemühungen gibt es gelungene und weniger gelungene Beispiele: So beschloss im friesischen Varel eine Mehrheit aus CDU, FDP und Grüne, alle 3 500 Straßenlampen von 24 bis 5 Uhr abzuschalten. Damit wollen die bürgerlich-grünen Stadtväter 50 000 Euro einsparen, bei einem Fehlbetrag im Haushalt 2008 von rund zwölf Millionen Euro. An-

gesichts der drohenden Düsternis für Ältere, Sehbehinderte, Discogänger, Schichtarbeiter etc. sammeln die Varelener bisher rd. 3 000 Unterschriften für mehr „Licht für Varel“ und zogen mit Fackeln durch die nächtlich-dunkle Stadt.

Andere Städte wie Osterholz-Scharmbeck ersetzen alte Glühbirnen gegen LED, wieder andere regeln zu späterer Stunde ihre Beleuchtung mit einem Spartrafo um bis zu 50 Prozent herunter. Das spart fast 40 Prozent der laufenden Kosten. Beides gewiss bessere Wege, Geld und Emissionen zu sparen, als eine komplette Verdunkelung.

sg



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Viktor Mildenerberger

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.2009  
Mehr zu den Spartrafos unter [www.stk-technik.de](http://www.stk-technik.de), [info@stk-technik.de](mailto:info@stk-technik.de)

## Neuer Leitfaden zum Repowering

Mit dem Leitfaden „Repowering von Windanlagen“ wollen Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie die Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Windkraft als maßgebliche erneuerbare Energie bezüglich Bedeutung und Wirtschaftskraft für den ländlichen Raum herausstellen. Außerdem sollen die Kommunen vor Ort

unterstützt werden, ältere Anlagen durch neue und leistungsstärkere zu ersetzen. Durch die ausführliche Darstellung der bauplanungs- und umweltrechtlichen Voraussetzungen zur Erstellung von Repowering-Konzepten soll der Leitfaden wesentliche Hilfe zur sachgerechten Steuerung von Windenergieanlagen durch die Kommunen sein.

nr



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Rike

Download unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de) und [www.umweltaktion.de](http://www.umweltaktion.de)

## Erneuerbare reduzieren CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Laut einem Bericht des Umweltbundesamts „Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger“ für das Jahr 2007 konnte bundesweit allein in dem Jahr der Ausstoß von 106 Millionen Tonnen Kohlendioxid durch den Einsatz erneuerbarer Energien vermieden werden – davon 67 Millionen Tonnen im

Stromsektor, 28 Millionen Tonnen im Wärmesektor und elf Millionen Tonnen im Verkehrssektor. 2007 wurde der Endenergieverbrauch zu zehn Prozent von erneuerbaren Energien abgedeckt, drei Mal mehr als 1997.

nr

Download unter [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

## Wasser – das Gold des 21. Jahrhunderts

Wird in der Landwirtschaft weiterhin das gleiche Wassermanagement wie bisher betrieben, können weder die Folgen des Klimawandels bewältigt noch der Nahrungsmittelbedarf einer ständig anwachsenden Menschheit gedeckt werden. Das sind zwei der Ergebnisse einer deutsch-schwedischen Modellstudie, erschienen im Magazin „Environmental Research Letters“. In der Studie werden

Möglichkeiten vorgestellt, die für das Jahr 2050 erwarteten zehn Milliarden Menschen bei einem möglichen Beibehalt der heute zur Ernährung benötigten Fläche (rd. ein Zehntel der Landoberfläche) und möglichst gleich bleibendem Wasserverbrauch (8 800 Kubikkilometer Wasser zur Bewässerung) versorgen zu können.

nr

Online-Ausgabe:  
[www.iop.org/EJ/abstract/1748-9326/4/4/044002/](http://www.iop.org/EJ/abstract/1748-9326/4/4/044002/)

## Geldregen für Klimakommune

Der Auszeichnung folgt der Geldsegen. Als frisch gekürte Klimakommune kann sich die Stadt Bocholt über 2,2 Millionen Euro Landesmittel für ihre geplanten Klimaschutzmaßnahmen freuen. Mit dem Geld sollen Häuser energetisch saniert sowie

regenerative Energien und der Radverkehr gefördert werden. Es soll mehr Radwege und Ladestationen für Elektroräder geben. Daneben helfen begrünte Dächer, das Klima zu verbessern und Regenwasser zurückzuhalten.

kai

Download des Konzepts:  
[www.bocholt.de/intabox/medienarchive/fb35/klimakommune\\_antrag\\_bocholt\\_komplett.pdf](http://www.bocholt.de/intabox/medienarchive/fb35/klimakommune_antrag_bocholt_komplett.pdf)

## Solaratlas für Bielefeld

Nach dem Vorbild des Osnabrücker Sun-Area-Konzepts hat die Stadt Bielefeld ein Solardachkataster erstellt. Verzeichnet sind die für den Aufbau von Solaranlagen geeigneten Dächer im Satellitenbild. Der Atlas unterscheidet dabei drei Klassen. Für je-

des Dach lassen sich die Größe der potenziellen Anlage samt Stromertrag und eingespartem CO<sub>2</sub> darstellen. Nach Angaben des Bielefelder Umweltamts ließen sich mit den Anlagen 80 Prozent des privaten Strombedarfs decken.

kai

Solaratlas unter [www.bielefeld.de](http://www.bielefeld.de), Kategorie „Umwelt und Natur“

## MVV investiert in die Zukunft

Die börsennotierte Mannheimer Versorgergruppe MVV Energie will bis zum Jahr 2020 insgesamt drei Milliarden Euro investieren. Neben der regenerativen Energieerzeugung sollen auch Energiedienstleistungen als zweiter Schwerpunkt des Unternehmens ausgebaut werden. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung wird gestärkt, zum einen mit der Fertigstellung eines neuen Blocks im Großkraftwerk Mannheim (GKW), zum anderen mit dem Ausbau

des Fernwärmenetzes in Mannheim, Kiel und Offenbach. Daneben ist die Erweiterung des deutschlandweiten Strom- und Gasvertriebs für Industriekunden geplant. Ein Einstieg in die Gasförderung findet dagegen nicht statt. Auch das Kohlegeschäft soll nicht weiter ausgebaut werden. Energieversorger EnBW, der bislang 15 Prozent der MVV hält, teilt unterdessen mit, sich von seinem Anteil trennen zu wollen. *kai*



Bild: [www.mvv-energie.de](http://www.mvv-energie.de)

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Oktober, [www.mvv-energie.de](http://www.mvv-energie.de)

## Reiche Stadt arm dran

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart muss in den nächsten zwei Jahren mit rund 600 Millionen Euro Ausfällen rechnen. Bis Ende 2009 sollen durch eine Haushaltssperre die ersten 25 Millionen Euro eingespart werden, ab 1. Januar 2010 soll es weitere Kürzungen geben. Dabei soll aber auf Entlassungen wie auch auf die Schließung öffentli-

cher Einrichtungen verzichtet werden. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Schulsanierung sollen von der Sparpolitik nicht betroffen sein. Bis 2013 wird wegen einer anstehenden Neuverschuldung von 400 Millionen Euro in den Jahren 2010/11 die Pro-Kopf-Verschuldung der Stuttgarter von jetzt 132 auf dann 989 Euro steigen. *nr*

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 9. Oktober 2009

## Kommunalfinanzen in schwerem Fahrwasser

Der am 25. September 2009 veröffentlichte Gemeindefinanzbericht 2009 des Deutschen Städtetags zeigt mit umfassendem Zahlenmaterial auf, dass die Kommunalfinanzen in schwerem Fahrwasser sind. Die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamts zur Entwicklung der Kommunalfinanzen im ersten

Halbjahr 2009 bestätigen die Dramatik bei den Kommunalfinanzen: Die gesamten kommunalen Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2009 fielen um 9,0 Prozent geringer aus als im Vorjahreshalbjahr 2008. *sgk*

Quelle: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de), [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Mehr Wettbewerb bei Strom und Gas

Die Chance für mehr Wettbewerb sowohl auf dem Gas- als auch auf dem Strommarkt hat sich verbessert. Grund ist zum einen die Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Entgelte in den Ferngasnetzen zu senken und im Gasmarkt mehrere Gebiete zusammenzulegen. Innerhalb der neuen Marktgebiete entfallen dann die bisherigen Kosten für die Gebietsüberschreitungen. Zehn überregionale Betreiber von Gasfernleitungen mussten ihre Netzentgelte bereits zum 1. Oktober zum Teil spür-

bar senken. Einfluss auf den Strommarkt hat ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (AZ: EnZR 14/08 und 15/08), der in letzter Instanz entschied, dass Netzbetreiber nach dem Auslaufen ihrer Konzession das Eigentum an den Netzen gegen angemessene Entschädigungen abgeben müssen. Bis zum Jahr 2011 vergeben zahlreiche Kommunen neue Konzessionen. Sie können nun bei Vertragsende die Stromleitungen vom alten Vertragspartner zurückkaufen. *kai*



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Manfred Schimmel

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 2. Oktober, Frankfurter Rundschau vom 30. September, [www.bundesgerichtshof.de](http://www.bundesgerichtshof.de), [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

## Deutsche sind E-Government-Muffel

Die Internetangebote von Behörden werden noch immer stiefmütterlich behandelt. Nur 23 Prozent der Deutschen nutzen sie. Das geht aus der Emnid-Umfrage „Das Online-Amt: Wunsch oder Wirklichkeit?“ hervor. Demnach rangiert mit 80 Prozent der persönliche Gang zur Behörde vor der Kommunikation per Telefon (57 Prozent) und per

Post (34). Ursache der zögerlichen Online-Nutzung ist das Angebot der Ämter. So wünschen sich 75 Prozent der Befragten übersichtliche Formulare und Anträge im Netz, 70 Prozent erwarten eine einfachere Bedienung. Werde hier etwas getan, können sich 48 Prozent vorstellen, künftig ganz auf Behördengänge zu verzichten. *kai*

Quelle: [www.tns-emnid.de](http://www.tns-emnid.de)

## Praxisleitfaden für die Doppik

Dortmund, Düsseldorf, Essen, Lippstadt, Solingen und der Kreis Unna waren die ersten. Als Modellkommunen haben sie seit 2007 Erfahrungen mit dem doppischen Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) gesammelt. Und von denen können nun die anderen Kommunen profitieren: Die

wesentlichsten Projektergebnisse wurden nun in einem Praxisleitfaden zusammengefasst. Neben Erläuterungen und Empfehlungen zur Aufstellung des Gesamtabschlusses enthält er Ansätze zur Optimierung der strategischen Steuerung im „Konzern Kommune“. *kai*

Der Leitfaden kann heruntergeladen werden unter [www.nkf-gesamtabschluss.de](http://www.nkf-gesamtabschluss.de)

## Wir gratulieren...

nachträglich **Inge Wettig-Danielmeier**, langjährige Schatzmeisterin der SPD, die am 1. Oktober ihren 73. Geburtstag feierte. Am selben Tag beging **Klaus Wowerit**, Regierender Bürgermeister von Berlin, seinen 56., **Lutz Trümper**, OB von Magdeburg, seinen 54. und **Thorsten Schäfer-Gümbel**, Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag, seinen 40. Geburtstag. Last but not least wurde die DEMO am 1. Oktober 60 Jahre alt.

Am 2. Oktober feierte **Ralf Stegner**, Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag, seinen 50. Geburtstag. **Ute Vogt**, Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, beging am 3. Oktober ihren 45., MdB **Monika Griefahn** ihren 55. Geburtstag. Am 4. Oktober wurden MdL **Reinhard Kahl** 61 und **Birgit Fischer**, ehem. Ministerin in NRW, 56 Jahre alt. **Gunter Fritsch**, Präsident des brandenburgischen Landtags, feierte am 5. Oktober seinen 67. Geburtstag. Am 6. Oktober beging der ehem. OB von Koblenz, **Eberhard Schulte-Wissermann**, seinen 67. Geburtstag und **Hubertus Wacker**, OB in Eilenburg, wurde 54 Jahre alt. **Herbert Brückner**, ehem. Senator in Bremen, feierte am 8. Oktober seinen 71. Geburtstag. Seinen 61. beging **Fritz Behrens**, ehem. Minister in NRW, am 12. Oktober.

Heute wird **Manfred Schaub**, Bezirksvorsitzender von Hessen-Nord, 52 Jahre alt. Morgen feiert MdEP **Constanze Krehl** ihren 53. und **Kurt Seggewiß**, OB in Weiden/Oberpfalz, seinen 52. Geburtstag. Bremerhavens OB **Jörg Schulz** wird am 15. Oktober 56, **Hermann-Josef Pelgrim**, OB in Schwäbisch-Hall, 50 Jahre alt. **Hans Peter Bull**, ehem. Innenminister von Schleswig-Holstein, feiert am 17. Oktober seinen

73., **Ralf Bergmann**, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Bundestagsfraktion, seinen 59. Geburtstag. Am 18. Oktober wird **Erwin Sellering**, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, 60. Jahre alt. Am selben Tag feiert **Gerhard Jauernig**, OB in Grünzburg a.d. Donau, seinen 41. Geburtstag. Sachsen-Anhalts Gesundheits- und Sozialministerin **Gerlinde Kuppe** feiert am 19. Oktober ihren 64. Geburtstag, **Volker Schlotmann**, Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, seinen 53. Geburtstag. Oldenburgs ehem. OB **Dietmar Schütz** wird am 21. Oktober 66 und **Wolfgang G. Müller**, OB in Lahr, 58 Jahre alt. Bundestagsvizepräsident **Wolfgang Thierse** feiert am 22. Oktober seinen 66., **Dietmar Woidke**, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz in Brandenburg, seinen 48. und Sachsen-Anhalts Justizministerin **Angela Kolb** ihren 46. Geburtstag. **Frank Rebhan**, OB in Neustadt bei Coburg, wird am 23. Oktober 50. Am 24. Oktober feiert VdK-Präsidentin **Ulrike Mascher** ihren 71. Geburtstag. Radolfzells OB **Jörg Schmidt** feiert am 25. Oktober seinen 49. Geburtstag. Am 26. Oktober wird Münchens OB **Christian Ude** 62 Jahre alt. Darmstadts OB **Walter Hoffmann** feiert am 28. Oktober seinen 57. Geburtstag, MdB **Nicolette Kressl** am 29. Oktober ihren 51. Böblingens OB **Alexander Vogelsang** wird am 30. Oktober 65 Jahre alt. Am 31. Oktober feiert Bremens ehem. Bürgermeister und Senatspräsident **Henning Scherf** seinen 71. und **Reinhold Gall**, parl. Geschäftsführer der Landtagsfraktion Baden-Württemberg, seinen 53. Geburtstag.



Nachfragen bei  
Kathrin Veh, SPD,  
T.: (030) 25991 137

## Spitzenverbände zu Koalitionsverhandlungen und zur Bundesbeteiligung an den Wohnkosten

Die Bundesvereinigung der drei Kommunalen Spitzenverbände hat am 6. Oktober 2009 rasche Lösungen für zentrale kommunale Anliegen bei den Koalitionsverhandlungen eingefordert. Die Kommunen bräuchten noch in diesem Jahr Klarheit zur Weiterentwicklung der Organisationsformen nach dem SGB II und plädieren für den bereits im Febru-

ar zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Kompromiss. Zudem wird eine bessere Mitfinanzierung durch Bund und Länder beim Ausbau der Kinderbetreuung gefordert. Übereinstimmend wird die Kabinettsentscheidung kritisiert, die quotal Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten abzusenden. *sgk*

[http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/forderungen\\_der\\_kommunalen\\_spitzenverbaende\\_fuer\\_die\\_koalitionsverhandlungen/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/forderungen_der_kommunalen_spitzenverbaende_fuer_die_koalitionsverhandlungen/index.html)

<http://www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/presstexte/presstexte-2009/pt-09-10-07a.pdf>

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/presstexte>

## Fair einkaufen

Ein neuer Leitfaden, der vom Deutschen Städtetag in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-

lung erarbeitet wurde, soll Kommunen nun bei ihrem Engagement unterstützen, soziale Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen rechtssicher und praxistauglich einzufordern. *sgk*

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/presstexte/nt/artikel/2009/09/17/00648/index.html>

<http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/presstexte/2009/13.pdf>



## Gemeindefinanzbericht 2009

Dem Gemeindefinanzbericht 2009 widmet sich Ausgabe 5/2009 von „der städtetag“. Neben dem de-

taillierten Bericht enthält die Ausgabe auch eine sechsseitige Kurzfassung.

Bestellung:  
Verlag Wolters Kluwer  
Postfach 2352, 56513 Neuwied  
info@wolterskluwer.de

## Erneuerbare Beispielregionen

Unter dem Titel „Wege in einer erneuerbare Zukunft“ hat das Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien einen Sammelband mit bei-

spielhaften Regionen veröffentlicht, die zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien setzen.

Download: [www.100-ee.de](http://www.100-ee.de)

## Erfolgsfaktor Familienfreundlichkeit

Handlungsempfehlungen zur Umsetzung einer Strategie „familienfreundlicher Arbeitgeber“ gibt der KGSt-Bericht „Arbeitgeber Kommune – Erfolgs-

faktor Familienfreundlichkeit“ (Nr. 3/2009). Familienfreundlichkeit ist demnach entscheidend, um qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen.

Bestellung:  
KGSt  
Postfach 510720, 50943 Köln  
kgst@kgst.de

## Veranstungsverzeichnis 2010

Die Veranstaltungsübersicht des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. für das Jahr

2010 ist ab sofort erhältlich.

[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

## Broschüre zur Stadtentwicklungspolitik

Unter dem Titel „Die Zukunft unserer Städte“ hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Broschüre sowie

einen Flyer zur Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik herausgegeben.

Bestellung:  
[www.spd-fraktion.de](http://www.spd-fraktion.de), Veröffentlichungen

## Vergleichende Studie zum Bürokratieabbau

Sinn und Nutzen des Bürokratieabbaus für Bürger und Unternehmen untersucht die vergleichende Studie „Bürokratieabbau für Bürgerinnen und Bür-

ger: Internationale Erfahrungen und Lehren für Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Ergebnis: Die Qualität ist wichtiger als das Konzept.

Download:  
[www.fes-forumberlin.de/Bundespolitik/index.htm](http://www.fes-forumberlin.de/Bundespolitik/index.htm)

## Dokumentation zu zehn Jahren „Soziale Stadt“

Am 5. Mai wurde bei einer Jubiläumsveranstaltung eine Zwischenbilanz von zehn Jahren Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ gezogen. Nun ist

die Dokumentation des Jubiläumskongresses erschienen.

Download:  
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8C2Y5MEL>

## Modellkommunen für Integration gesucht

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung sucht Modellvorhaben, die über einen zweijährigen Zeitraum innovative Ansätze kommunaler Integrationspolitik erproben. Bewerben

können sich Städte und Gemeinden als gesamte Gebietskörperschaft oder mit Stadt- und Ortsteilen. Die Bewerbungsfrist endet am 23. Oktober 2009.

Bewerbungsunterlagen unter:  
[www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)

## Grüner Spielplatz gesucht

Die Stiftung „Die grüne Stadt“ hat den Wettbewerb Grüne Spielplätze ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden sollen vorbildliche Spielplätze, bei denen eine abwechslungsreiche, standortge-

rechte und qualitative Grüngestaltung eine zentrale Rolle spielt. Dem Sieger winken 10 000 Euro. Einsendeschluss der Bewerbung ist der 1. Juni 2010.

Bewerbung:  
Stiftung „Die grüne Stadt“  
Achenbachstraße 26  
40237 Düsseldorf  
[www.die-gruene-stadt.de](http://www.die-gruene-stadt.de)

## Frauen in der Region Hannover

Zwei Veröffentlichungen stellen das Leben von Frauen in der Region Hannover in den Mittelpunkt. In einem biografischen Lesebuch geht es um „Migrantinnen in der Region Hannover“. Die Publikation „Ame-

lie Ubbelohde – Eine eigenwillige Frau und ihre Unternehmungen in Sachen Torf“ widmet sich einer außergewöhnlichen Unternehmerin.

Bestellung:  
gleichstellungsfragen@region-hannover.de

## Wirtshäuser-Wettbewerb

Dehoga und BHU suchen historische Wirtshäuser.

Einsendeschluss ist der 31. Oktober.

Informationen:  
[www.bhu.de](http://www.bhu.de)

## Termine im Oktober/November 2009

Noch bis zum 15. Oktober läuft die Bewerbungsfrist für die DEMO-Kommunalfüchse. **Bewerbungsmodalitäten s. S. 2**

Am 17. Oktober verleiht Eurosolar in Karlsruhe die Deutschen Solarpreise 2009. **Infos: [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)**

Am 19. Oktober findet in Stuttgart der Workshop „Neubau- und Umnutzungspotenziale auf Stadtbrachen für die künftige Wohnungsnachfrage“ statt. **Anmeldung: [mailbox@ecolog-institut.de](mailto:mailbox@ecolog-institut.de)**

Vom 19. bis 20. Oktober findet im Difu in Berlin das Seminar „Finanzierung und Verwertung kommunaler Liegenschaften“ statt. **Anmeldung: <http://www.difu.de/seminare/ogimmobilienmanagement.pdf>**

Vom 23. bis 24. Oktober findet in Lambrecht ein Seminar zu Kommunale Doppik in Rheinland-Pfalz statt. **Infos: [www.komrp.de](http://www.komrp.de)**

Vom 23. bis 25. Oktober findet in Tutzing die Tagung „Urbane Landwirtschaft und Gärten. Zur Zu-

kunft der Stadt“ statt. **Anmeldung: [http://www.sozialestadt.de/termine/termin\\_ansicht.php?id=2368](http://www.sozialestadt.de/termine/termin_ansicht.php?id=2368)**

Am 28. Oktober findet in München das 10. Bayerisches Forum für kommunale Unternehmen statt. **Infos: [www.kpmg.de](http://www.kpmg.de)**

Am 5. und 6. November findet in Berlin der vierte DEMO-Kommunalkongress statt. **Anmeldung: [www.demo-online.de/4-demo-kommunalkongress](http://www.demo-online.de/4-demo-kommunalkongress)**

Am 9. November hält Angela Uttke im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin einen Vortrag zum Thema „Stadtbaustein Lebensmittelmarkt“. **Infos: [www.difu.de/seminare/](http://www.difu.de/seminare/)**

Vom 24. bis 25. November ist auf dem Messegelände Berlin die 13. Fachmesse „Moderner Staat“. Um 13 Uhr Rundgang mit Innensenator Erhart Körting. **Infos: [www.moderner-staat.com](http://www.moderner-staat.com)**

Der nächste DEMO-Newsletter erscheint am 11. November. Mehr Termine unter **[www.demo-online.de/termine](http://www.demo-online.de/termine)**. Alle Angaben wie immer ohne Gewähr.

Anzeige



ENTSORGA  
www.entsorga-enteco.de  
Die internationale Fachmesse für Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnik

Think global act local.

Köln, 27.-30. Oktober 2009

Anzeige



RegioSolar  
KONFERENZ

Auf dem Weg zu 100%  
Erneuerbaren Energien

13.+14. November 2009  
Fachhochschule Erfurt

Jetzt anmelden:  
[www.regiosolar.de](http://www.regiosolar.de)

## Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 frei Haus. Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_@\_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennen lernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel,

T.: (030) 25594175 oder [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de). Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an [tanski@demo-online.de](mailto:tanski@demo-online.de) mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin. Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Daniel Faas (dafa), Norbert Seeger (nr) V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum

Per Fax an: (030) 2 55 94 - 499

## ANMELDEFORMULAR

Hiermit melde ich mich verbindlich als Teilnehmer zum 4. bundesweiten Kommunalkongress der DEMO – „Kommunalpolitik besser machen“ vom 5. – 6. November 2009 an.

Die Teilnahme kostet inklusive 19 Prozent Mehrwertsteuer:

- |  |             |
|--|-------------|
| <input type="checkbox"/> für DEMO-Abonnenten                                   | 99,00 Euro  |
| <input type="checkbox"/> für Kommunalpolitiker/innen und Verwaltungsmitglieder | 199,00 Euro |
| <input type="checkbox"/> für Vertreter/innen der Wirtschaft                    | 349,00 Euro |

Titel, Vorname, Name

Kommune / Firma / Organisation

Straße + Nr. / Postfach

Land / PLZ / Ort

Telefon / Telefax

Email (bitte unbedingt angeben)

Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, bitten wir Sie uns mitzuteilen, an welchen Foren Sie teilnehmen möchten.

### Donnerstag, 5. November, 15.00 Uhr

- Forum 1    Forum 2    Forum 3    Forum 4    Forum 5

### Freitag, 6. November, 12.15 Uhr

- Forum 6    Forum 7    Forum 8    Forum 9    Forum 10

Die nachstehenden Bedingungen zur Teilnahme am 4. DEMO-Kommunalkongress 2009 erkenne ich in allen Punkten an.

X  
Datum Unterschrift

### Teilnahmebedingungen

Zur Anmeldung verwenden Sie bitte das Anmeldeformular. Bitte pro Teilnehmer/in ein Formular einreichen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

### Bezahlung

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie Ihre Teilnahmebestätigung sowie die Rechnung mit der Bitte, den Teilnahmebeitrag mit der Angabe Ihrer Kundennummer unter dem Stichwort „DEMO Kommunalkongress“ auf folgendes Konto zu überweisen: SEB AG • BLZ 100 101 11 • Kto.1748 136 900. Ihre Tagungsunterlagen und Ihr Namensschild erhalten Sie direkt am Veranstaltungsort. Die Anmeldung ist bis zum 16.10.2009 möglich.

### Leistungen

Mit der Anmeldung und Entrichtung der Teilnahmegebühr haben Sie Anspruch auf folgende Leistungen: Teilnahme an Kongress, Fachausstellung, Fachforen und Kaffeepausen an allen Kongresstagen sowie an der Abendveranstaltung am 05.11.2009 im Rathaus Schöneberg.

### Stornierung

Eine Stornierung der Anmeldung ist nur in schriftlicher Form möglich. Bei Stornierung bis einschließlich 16.10.2009 wird eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50,- € berechnet. Erfolgt die Stornierung nach diesem Termin, muss der volle Teilnahmebetrag geleistet werden. Ersatzteilnehmer können nach schriftlicher Benachrichtigung des Veranstalters gerne gestellt werden.

### Kontakt Veranstalter

DEMO – Demokratische Gemeinde – Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH • Stresemannstraße 30 • 10963 Berlin

Telefon: (0 30) 2 55 94 - 155 • Telefax: (0 30) 2 55 94 - 4 99, Mail: kommunalkongress@demo-online.de

Veranstaltungsort: dbb forum berlin, Friedrichstraße 169/170 • 10117 Berlin • U6-Haltestelle „Französische Straße“ • www.dbb-forum-berlin.de

### Vorbehalt

Die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH ist berechtigt, von der Durchführung der Veranstaltung nach eigenem Ermessen Abstand zu nehmen, wenn ihr deren wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht gesichert erscheint. Mit der Absage entfallen die wechselseitigen Leistungsverpflichtungen der Vertragspartner; Ansprüche auf Kostenerstattung oder Schadenersatz können aus der Absage nicht hergeleitet werden. Die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH wird an sie bereits erfolgte Zahlungen des Kongressteilnehmers für Leistungen, die zum Zeitpunkt der Absage noch nicht erbracht sind, zurückerstatten.